

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

11.11.2004

0047/2004

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Johan Van Hecke, Robert Sturdy, Zuzanna Roithová, Erika Mann und Ignasi Guardans Cambó

zur Zukunft der europäischen Textilindustrie

Fristablauf: 11.2.2005

Schriftliche Erklärung zur Zukunft der europäischen Textilindustrie

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass der Textilsektor mit einem Umsatz von etwa 200 Milliarden Euro in etwa 177.000 Unternehmen, die 2,7 Millionen Menschen beschäftigen, ein wichtiger Teil der europäischen Industrie ist,
- B. in der Erwägung, dass der Anteil der Textilindustrie am gesamten BIP auf EU-Ebene etwa 4% und ihr Anteil an der gesamten Beschäftigung in der europäischen Verarbeitungsindustrie etwa 7% beträgt,
- C. in der Erwägung, dass die Textilindustrie einem steigenden Wettbewerbsdruck seitens anderer Herstellungsländer, insbesondere China, Indien und Pakistan, ausgesetzt ist,
- D. in der Erwägung, dass alle Importquoten gemäß den WTO-Vorschriften ab 1. Januar 2005 abgeschafft werden,
 1. betont, dass der umfassende Abbau mengenmäßiger Beschränkungen durch einen gleichwertigen Zugang der Textilexporte der EU zum Weltmarkt ausgeglichen werden muss;
 2. äußert seine Befürchtung, dass der von der Kommission am 13. Oktober 2004 angenommene Aktionsplan die europäische Textilindustrie nicht ausreichend schützen wird;
 3. ersucht die Kommission, für den Fall, dass die Abschaffung der Quoten zu unlauteren Handelspraktiken einiger Importländer gegenüber der EU-Industrie führen sollte, angemessene und den WTO-Vorschriften entsprechende EU-Instrumente zum Schutz des Handels anzuwenden, wie z.B. textilspezifische oder horizontale Schutzmaßnahmen, ohne dass die Verpflichtungen gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern beeinträchtigt werden;
 4. vertritt die Auffassung, dass das SAP denjenigen Ländern, die die europäischen Regeln einhalten, einen bevorzugten Marktzugang einräumen sollte;
 5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat und der Kommission zu übermitteln.